

Kege



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/138

11. Oktober 1949

Seltsamer Aussenminister

ap. Ein Staat, ohne Aussenminister - auch die Deutsche Bundesrepublik muss darauf zunächst mangels ausreichender Souveränität verzichten - ist gewiss Stückwerk. Aber ein Staat mit einem Aussenminister, der kein Aussenminister, sondern Briefträger einer fremden Macht ist, ist eine Spottgeburt.

Zu den Massnahmen, mit denen die Sowjetunion, soviel man hört, ihrem neuesten Satellitenstaat den Anschein einer gewissen Selbständigkeit geben will, soll auch die Einrichtung eines Aussenministeriums gehören. Wen Moskau damit noch täuschen zu können, bleibt ein Geheimnis. Aber die russische Logik in diesen Dingen hat ihre besondere Eigenart.

Auch der Name des wahrscheinlichen Aussenministers wurde mehrfach genannt: Der Generalsekretär der Ostzonen-CDU, Georg Dertinger. Wenn etwas die Gespensterhaftigkeit der Regierungsbilderei in der Ostzone illustriert, dann ist es diese Kandidatur. Wer ist Georg Dertinger? Heute noch hat der 44-Jährige die eckigen Bewegungen des ehemaligen Kadetten, in seinem Gesicht haben sich im Laufe der Jahre scharfe Linien eingegraben, das unvermeidliche randlose Einglas der Zeit vor und während der Hitlerjahre ist der unverfänglichen Hornbrille gewichen. Der schmallippige Mund ist im Gespräch zu einem Lächeln von eigentümlich gefrorener Lebenswürdigkeit geformt, der Blick ist kalt und verschlossen. Eine aus Unsicherheit erwachsene Überheblichkeit geht von ihm aus.

Dertinger hat mit einer ausgesprochenen Neigung für Spott und Zynismus nie das Talent gehabt, etwas ernst zu nehmen, auch nicht den Nationalsozialismus, obwohl er in den letzten Kriegsjahren als einer der häufigsten Aushalte-Schreiber mit wildem antirusischen Akzent im "Neuen Wiener Tageblatt" mit vollem Namen prunkte. In diesem Punkt wog seine Eitelkeit schwerer als seine Klugheit, sonst hätte er sich sagen müssen, dass dabei kein journalistischer Ruhm zu ernten war. Werner Stephan, der ihn besonders gut kannte, schreibt in seiner Goebbels-Biographie: "Später gab es noch eine andere Art der Einwirkung auf das Ausland. Ein von Goebbels eingerichtetes Büro lieferte für träge und gedankenarme Auslandsjournalisten gratis fertige Artikel - nicht allzu betont nationalsozialistisch, in fremden Ländern also immer noch verwertbar und doch von propagandistischem Effekt für Deutschland". Stephan fügte, absichtlich oder unabsichtlich nicht hinzu, dass dieses Büro, der "Dienst aus Deutschland", von Georg Dertinger geleitet wurde.

Umgang mit dem Ausland hat dieser seltsame Aussenminister, wenn er es wirklich werden sollte, nicht. Aber was will das schon bedeuten? Wichtig ist nur eine gewisse Erfahrung im Verkehr mit Karlshorst. Einmal war er auch für acht Tage in Moskau, von wo er begeistert zurückgekehrt sein soll. Er ist ein wendiger Mann und hat seit langem auf die russische Karte gesetzt. Das braucht kein Beweis besonderer Klugheit zu sein, zumindest ist es ein Zeichen grosser Vorsicht - nach dem bekannten Scherzwort, es sei besser, in amerikanische, als in russische Gefangenschaft zu fallen. Aber auch darin kann er sich täuschen. Es muss sich unbehaglich auf der Bank der Jan Masaryk und Rajk sitzen, deren Nachbarn bald Anna Pauker und vielleicht auch Clementis werden. Aber sicher hat es für einen ehemaligen Kadetten auch seine Reize.

Amerikas neue Atom-Politik

H. St. New York

Jeder vernünftiger Mensch in Amerika erwartet, dass ein amerikanischer "Gegenzug" gegen die russische Atombombe auf militärischem Gebiet zu erfolgen hat, sondern auf politischem und diplomatischem - und in dieser Hinsicht wird man aller Wahrscheinlichkeit nach in nächster Zeit einige neue Geschehnisse erwarten dürfen. Freilich, die amerikanische Diplomatie liebt keine plötzlichen Kehrtschwenkungen um 180 Grad - und sieht überdies auch keinen Anlass dazu. Aber diskrete Fühlungen und sorgfältig dezierte Nuancierungen werden schon sehr bald ein neues Kapitel der amerikanischen Atom-Politik verraten; der erst vor wenigen Monaten unterzeichnete Atlantikpakt wird vermutlich einiges von seiner Bedeutung verlieren, während gleichzeitig einige seiner Partner zu einer engeren Arbeitsgemeinschaft mit den USA auf dem Gebiet der Atomenergie eingeladen werden dürften, und auf der anderen Seite werden die Bemühungen, mit den Russen ins Gespräch zu kommen und wenigstens eine begrenzte und bescheidene Herabminderung der ost-westlichen Spannungen zu erreichen, neu belebt werden.

Die Frage der "Partnerschaft" auf dem Gebiet der Erzeugung von Atomenergie ist nicht neu. Schon vor einigen Monaten hatte die britische Regierung offiziell in Washington ersucht, Informationen über die amerikanischen Industrieverfahren zur Erzeugung von Atomenergie zu erhalten und ein kleines Depot von Atomwaffen auf englischem Boden zu errichten; gestützt war dieses Gesuch auf die richtige Tatsache, dass vor dem Krieg die britische Wissenschaft auf dem Gebiet der Atomspaltung der amerikanischen weit überlegen war und dass die ersten Atombomben während des Krieges ein Produkt gemeinsamer Arbeit war. Washington hatte dieses britische Gesuch einigermaßen kühl aufgenommen und Truman hatte es verstanden, einen Beschluss darüber hinauszuschieben. Heute ist nun die Lage völlig verändert, und es besteht keine Veranlassung mehr, befreundeten Nationen wie England und Kanada die erbetenen Auskünfte vorzuenthalten. Selbstverständlich weiss man in England längst alles über die Atomenergie; es fehlen dort nur die riesigen Industrieanlagen, die Amerika besitzt

und die künftig gewisslich auch für England arbeiten werden - sowohl für militärische Zwecke als auch für die zahlreichen Friedensaufgaben der Atomspaltung.

Das löst aber noch nicht das Problem der Einstellung zu den Atombomben, die die Sowjetunion also neuerdings besitzt. Versuche, in der UNO ein System der internationalen Kontrolle der Atomenergie aufzubauen, werden seit drei Jahren ununterbrochen unternommen, scheiterten aber stets daran, dass die Russen jede "internationale Inspektion" ablehnen, offensichtlich, weil sie keine Ausländer in ihre Industrieanlagen schauen lassen wollen. Ausserdem forderten sie, die Atomkontroll-Behörde der UNO müsse dem Sicherheitsrat unterstellt werden, was zur Folge hätte, dass das russische Veto im Sicherheitsrat jederzeit die gesamte Atomkontrolle lahmlegen könnte. So unterblieb die Einigung.

Jetzt dringen in der Generalversammlung der UNO die kleineren Nationen energisch auf Wiederaufnahme der Verhandlungen in der Atomkontrolle und in der Tat haben in den letzten Tagen hinter verschlossenen Türen auch bereits Fühlungnahmen der Grossmächte darüber stattgefunden. Es wäre aber falsch, davon sensationelle Ereignisse zu erwarten. James Reston, der aussenpolitische Leitertikler der "New York Times", schreibt, dass die neuen Bemühungen um eine amerikanisch-russische Verständigung auf dem Gebiet der internationalen Kontrolle der Atomenergie - deren Endziel natürlich das Verbot der Verwendung von Atomwaffen in einem künftigen Krieg, die Zerstörung der schon vorhandenen Atombomben sowie die Unterstellung aller Uranium-Rohstoffvorräte und Atomenergie-Fabriken unter eine wirksam funktionierende internationale Behörde sein müssten - vermutlich im besten Falle zu einer Art begrenzten Verständigung über einen vorläufigen "Atom-Waffenstillstand" führen könnten. Das heisst, das einzige, was sich erwarten lässt, wäre eine offizielle Wiederaufnahme der Bemühungen im Schoss der UNO, zu einem Atom-Abkommen zu gelangen - und Washington wie Moskau würden sich feierlich verpflichten, während der Dauer dieser Beratungen, etwa für die Dauer von sechs oder zwölf Monaten, von ihren Atombomben keinen Gebrauch zu machen, auch nicht im Fall eines eventuellen Krieges. Selbstverständlich liesse sich - und das ist wohl auch das Ziel - ein solches begrenztes Abkommen immer wieder verlängern. Würde man das erreichen, so wäre sicherlich ein gewisser Fortschritt erzielt:

denn keine von den beiden Grossmächten würde ein solches Abkommen wohl leichtfertig verletzen.

Zweifellos bewegt sich die neue amerikanische Atom-Politik auf ein solches Ziel hin, in der Erkenntnis, dass man zu einem weitergehenden Abkommen mit den Russen auf absehbare Zeit nicht gelangen kann. Amerika ist heute bereit, jeden Plan einer internationalen Atomkontrolle ernsthaft zu diskutieren, sobald es ein halbwegs sinnvoller Plan ist, beharrt also nicht mehr auf seinen eigenen diesbezüglichen Vorschlägen; aber zu dem russischen Plan, der keinerlei Garantien enthält, weil jede internationale Inspektion fehlt und das "Veto" des Sicherheitsrates drohend über ihm schwebt, wird es auch weiterhin seine Zustimmung nicht geben. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erzeugung von Atomenergie mit England und Kanada, vielleicht auch mit einigen anderen Mächten aus der westlich-demokratischen Staatengruppe, und Hinarbeiten auf das begrenzte Ziel eines "Atom-Waffenstillstandes" sind dagegen in naher Zukunft zu erwarten. Und auch das ist schon ein gewisser, wenn auch bescheidener, Fortschritt über den gegenwärtigen Zustand, der einem rasenden Atomwettstreben zwischen Amerika und der Sowjetunion keinerlei Schranken auferlegt.

* * *

Österreich ohne Sensation

S.Wien, im Oktober

Mit der erstaunlich hohen Beteiligung von 96 Prozent sind die Österreicher am Sonntag zu den Wahlurnen gegangen. Als sie am Montag die Zeitungen aufschlugen, um zu erfahren, wie sie gewählt haben, galt die Neugier vor allem der grossen Unbekannten im österreichischen Wahlkampf, dem Verband der Unabhängigen. Und sofern der neugierige Staatsbürger an der Stabilität der innenpolitischen Verhältnisse in Österreich interessiert war, faltete er die Zeitung beruhigt zusammen.

Die Wahlen haben keine Sensationen gebracht, es sei denn, man betrachtet es als Überraschung, dass die Österreichische Volkspartei (ÖVP) als bisher stärkste Partei die absolute Mehrheit (85 von 165 Mandaten) eingebüsst hat. Sie ist mit 77 Mandaten immer noch die stärkste Partei geblieben, ihr Verlust in Prozenten ausgedrückt 3,14, kann aber nicht als erschütternd betrachtet werden, zumal

ihre Wahlmanager selbst nicht gehofft hatten, die bisherige Stellung zu behaupten. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der zweiten

staatstragenden Partei, den Sozialdemokraten (SPÖ). Zwar hatte man hier einen anderen Wahlausgang erwartet, aber eine realistische Be-

trachtung wird anerkennen, dass der erlittene Verlust von etwa vier Prozent (bisher 76, jetzt 67 Mandate) keineswegs als ein Misstrauen

der arbeitenden Schichten Österreichs anzusehen ist.

Man muss bei der Analyse des Wahlergebnisses berücksichtigen, dass bei den Wahlen 1945 die auch in Österreich vorhandenen Rechts-

elemente, soweit sie trotz der Entnazifizierungsgesetze wahlberechtigt waren, keine Gelegenheit hatten, eine ihre Anschauung entspre-

chende Wahl auszuüben. Sie benutzten also die vorhandenen zwei Möglichkeiten, halben Herzens und mit dem Wunsch, bei nächster Gelegen-

heit abzuspringen. Die dritte Möglichkeit war jetzt gegeben. Dass sie nicht reichlicher benutzt wurde, ist ein Beweis für die innere

Festigkeit der beiden grossen Parteien, denn die Verluste bewegen sich durchaus im Rahmen der bei allen Wahlen üblichen Fluktuationen

und der Friktionen, die bei Regierungsparteien nach vier Jahren Verantwortung unvermeidlich zu sein pflegen. Vielleicht hat dabei der

ÖVP noch geholfen, dass sie zwei Tage vor der Wahl bekannte Rechtspolitiker vor ihren Propagandawagen spannte.

Die dritte Möglichkeit ist die vierte Partei in Österreich, der Verband der Unabhängigen, gegründet von dem Salzburger Journalisten Dr. Kraus, gestützt von dem ehemaligen Kanzler Reimann und dem Landbund-Exvizekanzler Hartleb. Kraus spekulierte vor allem auf die 900.000 Österreicher, die 1945 nicht wählen durften und nicht zuletzt auch auf die Unzufriedenen im Lager der beiden Regierungsparteien. Die erste Spekulation trug nicht, die ehemaligen Nationalsozialisten und sonstigen Rechtselemente hörten Krausens nationalistischen Ruf und gaben ihm ihre Stimme. Aber das ist weniger als Kraus erhoffte, denn die zweite Spekulation, die mit den Unzufriedenen bei der SPÖ, ging nicht in Erfüllung. Beide Parteien haben Rechtsballast aus dem Jahre 1945 abgestossen, im wesentlichen aber ihre Parteikader gehalten. Mit rund 10 Prozent ist der Anteil der Rechten am Gesamtwahlergebnis nicht gross und die innenpolitische Situation kann durch eine Verstärkung der Opposition, sofern sie richtig vorzugehen versteht, nur bereichert werden.

Erstaunlich ist dagegen, dass die KP, die mit einer abgesplitterten Sozialistengruppe zusammengeht, die Zahl ihrer Mandate um eines erhöhen konnte. (5, bisher 4). Dass diese Mandate nur in den von den Russen besetzten Gebieten erzielt werden konnten, vermindert ihren Wert. Hätten die Kommunisten in den westlichen Besatzungsgebieten Mandate erzielt, dann könnten sie von einem Erfolg sprechen. So kann man nur davon sprechen, dass auch in Österreich die Furcht dort nicht kleiner geworden ist, wo sie schon vorhanden war.

* * *